

Deutschland-Guldental: Dienstleistungen von Architekturbüros
OJ S 140/2023 24/07/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Ortsgemeinde Guldental
Postanschrift: Dammweg 11
Ort: Guldental
NUTS-Code: DEB14 Bad Kreuznach
Postleitzahl: 55452
Land: Deutschland
E-Mail: verwaltung@guldental.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.guldental.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YK7674A/documents>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YK7674A>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: Webeler Rechtsanwälte
Postanschrift: Löhrrstraße 99
Ort: Koblenz
NUTS-Code: DEB11 Koblenz, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 56068
Land: Deutschland
E-Mail: t.frank@webeler-rechtsanwaelte.de
Telefon: +49 261/988662-0
Fax: +49 261/988662-20
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.webeler-rechtsanwaelte.de

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Umbau und Erweiterung der Kita St. Martin in Guldental, Los 1 - Objektplanung Gebäude, Freianlagenplanung sowie Planung des Rückbaus der vorhandenen Ölheizungsanlage und des Öltanks

Referenznummer der Bekanntmachung: 50/23

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Ortsgemeinde Guldental, Dammweg 11, 55452 Guldental, ist Auftraggeberin für den Umbau und Erweiterung der Kita St. Martin, Steinweg 9, 55452 Guldental. Trägerin dieser Kita ist die Katholische KiTa gGmbH Koblenz. Durch Abbruch eines Teils des Bestandsgebäudes der Kita und dem zu errichtenden Neubau soll zum einen mehr Platz geschaffen werden, zum anderen soll der Betrieb der Kita auch während der Umbau- und Erweiterungsphase gewährleistet sein, eine (Teil-)Schließung der Kita kommt aufgrund der notwendigen täglichen Kinderbetreuung nicht in Betracht.

Ausgeschrieben werden mit Los 1 alle für den Umbau und die Erweiterung der Kita St. Martin, 55452 Guldental - erforderlichen Planungs- und Bauüberwachungsleistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume im Sinne des § 34 HOAI in Verbindung mit Anlage 10 Leistungsphasen 5 bis 9, die Freianlagenplanung im Sinne von § 39 HOAI in Verbindung mit Anlage 11 in den Leistungsphasen 1 bis 9 sowie die Planung des Rückbaus der vorhandenen Ölheizungsanlage und des Öltanks, soweit Leistungen der Gebäudeplanung betroffen sind.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71520000 Bauaufsicht, 71521000 Baustellenüberwachung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEB14 Bad Kreuznach

Hauptort der Ausführung: 55452 Guldental

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Kita Guldental soll umgebaut und erweitert werden.

Durch Abbruch eines Teils des Bestandsgebäudes der Kita und dem hierauf zu errichtenden Neubau soll zum einen mehr Platz geschaffen werden, zum anderen soll der Betrieb der Kita auch während der Umbau- und Erweiterungsphase gewährleistet sein, eine (Teil-) Schließung der Kita kommt aufgrund der notwendigen täglichen Kindebetreuung nicht in Betracht. Der Anbau ist fertigzustellen und an den Altbau anzuschließen.

Die Erweiterung soll in Form eines Anbaus in Holzständerbauweise erfolgen. Der bisher im Altbestand vorhandene Öltank ist auszubauen und ordnungsgemäß zu entsorgen, eine neue Heizungsanlage ist zu planen. Der Altbau soll in der Zukunft energetisch saniert werden; die

Schnittstellen zum Altbau sind daraufhin zu betrachten. Die Beheizung der Kita ist auch während der Baumaßnahme zu jeder Zeit sicherzustellen, insbesondere, wenn sich die Baumaßnahme über den Winter erstrecken sollte.

Die Elektroversorgung des Altbaus entspricht wahrscheinlich nicht mehr dem aktuellen Stand der Technik. Sie ist so weit zu ertüchtigen, dass der Anschluss des Neubaus möglich ist. Geringfügige Ergänzungen, etwa für Leerrohre zur Versorgung einer zukünftig geplanten Lüftungs- oder Steuerungsanlage sowie eine mögliche PV-Anlage, sind ebenfalls zu planen und umzusetzen. Gegenstand aller Leistungen der Fach- und Objektplanung ist hauptsächlich der Neubau. Nur in geringfügigem, für den Anschluss sowie eine spätere energetische Sanierung erforderlichem Umfang, ist auch der Bestandsbau zu betrachten. Eine Ausnahme hiervon bildet lediglich der Ausbau der bestehenden Ölheizung und die Planung einer neuen Heizungsanlage.

Eine Vorstudie liegt vor, eine Genehmigungsplanung ist in Bearbeitung. Die vorliegende Planung ist einzuarbeiten, zu überprüfen und als richtig anzuerkennen. Die Vorstudie ist Bestandteil der Vergabeunterlagen, weil nicht auszuschließen ist, dass sich das erstellende Büro auf diese Ausschreibung bewerben wird. Hinsichtlich der vorgesehenen Maßnahmen wird auf die Ergebnisse dieser Vorstudie verwiesen.

Eine stufenweise Beauftragung ist bei Los 1 nur hinsichtlich der Freianlagen geplant. Eine stufenweise Beauftragung ist ebenfalls bei Los 2, 3 und 4 geplant.

Die Ausschreibung erfolgt losweise wie folgt:

- Los 1: Planungs- und Bauüberwachungsleistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume im Sinne des § 34 HOAI in Verbindung mit Anlage 10 Leistungsphasen 5 bis 9, die Freianlagenplanung im Sinne von § 39 HOAI in Verbindung mit Anlage 11 in den Leistungsphasen 1 bis 9 sowie die Planungsleistungen zum Rückbau der vorhandenen Ölheizungsanlage,
- Los 2: Planungs- und Bauüberwachungsleistungen der Technischen Ausrüstung HLS, § 55 HOAI in Verbindung mit Anlage 15, Leistungsphasen 1 bis 9 und die optionale Beauftragung zur Planung einer neuen Heizungsanlage.
- Los 3: Planungs- und Bauüberwachungsleistungen der Technischen Ausrüstung Elektro, § 55 HOAI in Verbindung mit Anlage 15, Leistungsphasen 1 bis 9,
- Los 4: Tragwerksplanungsleistungen, § 51 HOAI in Verbindung mit Anlage 14, Leistungsphasen 1 bis 6.

In zeitlicher Hinsicht ist vorgesehen, dass der Zuschlag bis zum 30.11.2023 erteilt worden sein soll und die Planungsleistungen der Objektplanung Gebäude bis Anfang 2024 soweit abgeschlossen sind, dass die Vergabe der Bauleistungen sich daran anschließen kann und der Baubeginn am 01.07.2024 erfolgen kann.

Die Planungsleistungen hinsichtlich der Freianlagenplanung sind so zu erbringen, dass die Leistungsphase 3 - Entwurfsplanung einschließlich einer Kostenberechnung bis zur 3. Ebene bis zum 15.01.2024 so weit fertig gestellt ist, dass sie zur Fördermittelbeantragung geeignet ist.

Die Kostenschätzung der Vorstudie geht von folgenden Baukosten brutto aus:

KG 300 Bauwerk - Baukonstruktion 1.290.481,62 EUR

KG 400 Bauwerk - Technische Anlagen 370.369,89 EUR

KG 500 Außenanlagen und Freiflächen 183.986,54 EUR

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Intensität der Bauüberwachung und -betreuung / Gewichtung: 50

Qualitätskriterium - Name: Systematische Herangehensweise an die Planungsaufgabe, bewertet anhand der Konzeptidee für eine möglichst schnelle Umsetzung von Planung und Bau / Gewichtung: 20

Preis - Gewichtung: 30

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/10/2023 Ende: 31/12/2027

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3 Höchstzahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

1. Erfahrung des Bewerbers mit der Erbringung von Planungs- und Bauüberwachungsleistungen für Baumaßnahme, die die Mindestanforderungen an Referenzen gemäß Ziffer III.1.3) der Bekanntmachung erfüllen (25%);
 2. Berufserfahrung der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen in Jahren (Projektleitung und stellvertretende Projektleitung) (25%);
 3. Gesammelte Berufserfahrung der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen anhand der eingereichten Referenzen, die die Mindestanforderungen erfüllen (25%);
 4. Erfahrung des Bewerbers mit der Erbringung von Planungs- und Bauüberwachungsleistungen für Baumaßnahme in Holzbauweise (25%).
- Es ist möglich, ein Mehr an Eignung durch weitere Referenzen nachzuweisen.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Eine stufenweise Beauftragung ist hinsichtlich der Freianlagenplanung beabsichtigt: Planungs- und Bauüberwachungsleistungen der Objektplanung Freianlagen, § 39 HOAI in Verbindung mit Anlage 11 in den Leistungsphasen 1-4 als Leistungsstufe 1, in einer zweiten Leistungsstufe die Leistungsphasen 5-9.

Die Beauftragung der zweiten Leistungsstufe erfolgt optional; es besteht kein Anspruch des Auftragnehmers auf entsprechende Beauftragung.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Die bei Ziffer II. 1.6 "Angaben zu den Losen" zur Beantwortung gestellte Frage musste hier aus technischen Gründen mit "Nein" beantwortet werden. Tatsächlich ist der Auftrag in 4 Fachlose aufgeteilt, wie sich aus Ziffer II. 2.4 "Beschreibung der Beschaffung" dieser Auftragsbekanntmachung ergibt. Alle Teilnehmer und Bieter können Teilnahmeanträge für alle 4 abgeben.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1.

Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Erklärung des Bewerbers, dass durch die Person oder das Verhalten des Bewerbers oder dem Bewerber zuzurechnender Personen keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB und § 19 MiLoG begründet sind.
2. Erklärung des Bewerbers, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nachgekommen ist.
3. Gehört der Bewerber einer Gruppe von Unternehmen an, hat er mit seinem Teilnahmeantrag zu erklären, inwieweit er mit den weiteren Unternehmen verknüpft ist.
4. Erklärung des Bewerbers, dass er nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 (Sanktionen VO) genannten Unternehmen oder Personen mit Russlandbezug gehört. Gehört der Bewerber einer Gruppe von Unternehmen an, hat er mit seinem Teilnahmeantrag zu erklären, dass dies auch nicht auf die verbundenen Unternehmen zutrifft.
5. Ist der Bewerber eine juristische Person, hat er mit seinem Teilnahmeantrag einen Handelsregisterauszug oder einen den Rechtsvorschriften seines Heimatstaates entsprechenden Nachweis vorzulegen.
6. Der Bewerber und die für das Projektteam vorgeschlagenen Mitarbeiter (Projektleitung und Stellvertretung) muss/müssen berechtigt sein, die Berufsbezeichnung Architekt zu führen oder nach den EU-Richtlinien berechtigt sein, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt tätig zu werden. Entsprechende Nachweise sind mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.
7. Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Teilnahmeantrag zu erklären. Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte gemäß vorstehenden Ziffern 1 bis 5 für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen auch von Dritten abzugeben.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seines Umsatzes für Planungsleistungen, die mit den ausgeschriebenen Planungsleistungen vergleichbar sind, in den letzten 3 Geschäftsjahren (§ 122 Abs. 2 Nr. 2 GWB).
2. Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bewerber der Kapazitäten anderer Unternehmer bedient und ihm die dann erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen
3. Angaben des Teils des Auftrages, den der Bewerber unter Umständen an Dritte vergeben will.
4. Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Teilnahmeantrag zu erklären. Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen der Vergabestelle auch von Dritten abzugeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Bewerber muss über eine Berufshaftpflichtversicherung verfügen, deren Deckungssumme für Personenschäden mindestens 3 Mio. EUR und zusätzlich für sonstige Sach- und Vermögensschäden mindestens 1 Mio. EUR beträgt. Dies ist durch eine Bescheinigung der Versicherung nachzuweisen. Ausreichend ist eine Bescheinigung, dass die Versicherungssumme im Auftragsfall zur Verfügung steht. Die geforderten Nachweise sind in Textform einzureichen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Tabellarische Liste, in der die zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen namentlich und unter Angabe der jeweiligen Befähigung zur Berufsausübung, die auf Verlangen durch Vorlage von Berufszulassungsurkunden bzw. Studiennachweisen oder sonstigen vergleichbaren Belegen nachzuweisen ist, und unter Angabe der Berufserfahrung in Jahren genannt werden (§ 122 Abs. 2 Nr. 1 GWB).
2. Erläuterung zur Anzahl der Beschäftigten und deren Ausbildung innerhalb der letzten 3 Jahre (Führungspersonal, Ingenieure, Techniker etc.) (§ 122 Abs. 2 Nr. 3 GWB).
3. Erläuterung der technischen Büroausstattung des Bewerbers mit Nennung und detaillierter Beschreibung der mindestens verwendeten Software für den Datenaustausch und die Datensicherung.
4. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die vorgenannten Auskünfte auf Verlangen der Vergabestelle auch von Dritten abzugeben.
5. Die geforderten Auskünfte sind in Textform einzureichen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

I. Mindestanforderung an die Bürogröße:

Das Projektteam muss mit mindestens zwei Architekten besetzt sein (Projektleitung und Stellvertretung). Kleinen Büros wird im Hinblick darauf empfohlen, eine Bietergemeinschaft einzugehen.

II. Mindestanforderung an die Erfahrung des Bewerbers:

Der Bewerber muss seine besondere Erfahrung mit Planung und Bau von vergleichbaren Vorhaben nachweisen und dazu zwei Referenzen einreichen. Vergleichbar sind Referenzen, wenn:

- sie den Neubau oder die einem Neubau gleichkommende Sanierung von Kindertagesstätten, Schulen oder anderen Gebäuden, deren Aufgabe mit Betreuung von Kindern verbunden ist, betreffen
- die Kosten der Kostengruppen 300+400 nach DIN 276 mindestens 500.000 EUR netto betragen,
- bei allen Referenzen mindestens die Leistungsphasen 2 und 3 sowie 5 bis 8 erbracht wurden, vollständig oder zumindest in wesentlichen Teilen,
- das Objekt fertig gestellt ist; die Fertigstellung muss nach dem 01.01.2017 erfolgt sein,
- mindestens eines der Referenzobjekte für einen öffentlichen Auftraggeber erbracht und nach den Regeln über öffentliche Ausschreibungen gewerkweise ausgeschrieben wurde.
- Erfahrungen im Holzbau sind keine Mindestvoraussetzung. Entsprechende Referenzen erhöhen jedoch die Eignung, siehe Ziffer II.2.9).

Hinsichtlich aller Referenzen ist darzustellen, inwieweit die im Rahmen der Referenzobjekte erbrachten Leistungen von den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen erbracht worden sind.

Zu allen Referenzen hat der Bewerber den Namen, die Anschrift und die Kontaktdaten des Referenzgebers mitzuteilen.

Für die Referenzangaben kann die vorbereitete Liste (siehe Referenzbogen) genutzt werden. Maßgeblich bleibt der Inhalt der Bekanntmachung. Die angeforderten Auskünfte sind in Textform einzureichen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Zugelassen ist, wer berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Architekt zu führen oder nach den EU-Richtlinien berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt tätig zu werden. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen entsprechenden Architekten benennen.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 21/08/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

1. Die Teilnahmeanträge sind mit den geforderten Erklärungen und Nachweisen innerhalb der Teilnahmefrist elektronisch - nur - unter www.dtyp.de (Identifikationsnummer CXP4YK7674A) einzureichen. Hierzu kann das veröffentlichte vorbereitete Teilnahmeformular genutzt werden. Hinsichtlich der Eigenerklärungen kann der Nachweis vorläufig durch eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung geführt werden. Maßgeblich bleibt jedoch der Inhalt der Bekanntmachung.

2. Der Versand der Einladungen zum Verhandlungsgespräch und der Informationsschreiben gemäß § 134 GWB erfolgt über die Vergabepattform oder die vom Bewerber angegebenen Kontaktdaten. Im Falle der Bewerbung einer Arbeits-/Bietergemeinschaft erfolgt die Korrespondenz ausschließlich über den bevollmächtigten Partner der Arbeits-/Bietergemeinschaft.

3. Der Auftraggeber wird vor Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister einholen. Der erfolgreiche Bieter ist verpflichtet, im Falle der beabsichtigten Zuschlagserteilung alle erforderlichen Angaben und Auskünfte hierzu zu erteilen.
Bekanntmachungs-ID: CXP4YK7674A

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postanschrift: Stiftstraße 9
Ort: Mainz
Postleitzahl: 55116
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de
Fax: +49 6131/162113

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Von Bewerbern/Bietern erkannte Verstöße der vergebenden Stelle gegen das geltende Vergaberecht hat der Bieter gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10 Kalendertagen schriftlich zu rügen. Erklärt der Auftraggeber, dass er der Rüge nicht abhelfen will, hat der Bieter binnen einer Frist von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung bei der unter VI. 4.1) genannten Stelle schriftlich einen Nachprüfungsantrag zu stellen.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

19/07/2023